Abendausgabe

Nr. 169 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 84

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
9. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Der kaiserliche Marineinquisitor.

Der Kriegsgerichtsrat als Angeklagter. – Gegenüberstellung mit seinen Opfern.

Ein Drama, wie es die Phantasie eines Dichters noch nie ersonnen hat, spielt sich heute im Reichstagsgebäude ab. Vor dem Untersuchungsausschuß begegneten sich als Zeugen drei ehemalige Matrosen, die zum Tode verurteilt worden sind, und der Richter, der die Todesurteile gegen sie erwirkt hatte.

Der jetzige Landgerichtsrat Dr. Dobring hat vor zehn Jahren als Marinekriegsgerichtsrat die Untersuchung gegen Reichpietsch, Köbis, Sachse, Beckers und Weber geführt und das Anklagegebäude gegen sie gezimmert. Reichpietsch und Köbis liegen erschossen unter der Erde, Sachse, Becker und Weber sitzen heute neben Dobring vor dem Richtertisch.

Die drei Matrosen sind aus früheren Vernehmungen schon bekannt; alle Blicke richten sich auf Dobring, der neben Beckers Platz genommen hat. Er ist jetzt ein achtundvierzigjähriger Mann, untersetzt, blaß, semmelblond, großköpfig.

Je länger man ihn sieht und hört, desto mehr befestigt sich der Eindruck: Das ist kein großer Blutrichter, sondern ein kleiner Beamter, der auf Beförderung dient. Damals war er 38 Jahre alt, hatte die vorschriftsmäßige Normalgesinnung und die übliche Laufbahn. Bis der Matrosenprozeß als großes Ereignis in sein Leben trat: „Ich hatte," sagt er wörtlich, „bis dahin keine Gelegenheit gehabt, mich hervorzutun." Dieser eine Satz gibt den Schlüssel zum Verständnis seines ganzen Verhaltens. Jetzt hatte er Gelegenheit, sich hervorzutun, und das nutzte er nach seiner Art aus.

Ein Mann von großer Zungengeläufigkeit, von seiner eigenen Tüchtigkeit vollkommen überzeugt, er mußte nur von den Vorgesetzten ins rechte Licht gestellt werden, dann konnte es an nichts fehlen. An formeller Bildung war er seinen Opfern zweifellos überlegen, an angeborener Intelligenz reicht er nicht an sie heran. Sie haben auf den Ausschuß einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, wenigstens zwei von ihnen: Weber und Beckers. Anders steht es mit dem dritten, Sachse, der ein Renommist und ein zweifelhafter Charakter ist, hat er doch die anderen, seine Kameraden, durch die Aussagen, die er vor Dobring abgab, regelrecht hineingelegt, oder, wie Dobring selbst sich ausdrückt, verpfiffen. Um so mehr Verwunderung erregt es, wie Dobring mit Emphase erklärt, dieser Sachse sei der einzige Kopf der Bewegung gewesen, die anderen hätten überhaupt keinen Verstand gehabt. Dabei liefert er den Beweis dafür, daß er die Angeklagten schon damals auch persönlich nicht zu werten verstand. Der pathetische Schwadroneur Sachse erschien ihm als eine überragende Intelligenz. Daß Weber und Beckers viel klüger waren als Sachse und als er, Dobring, selber, das bemerkt er nicht.

Auf die Aussagen des Schwadroneurs, die ihm die bequemsten waren, hat er dann sein ganzes Anklagegebäude aufgebaut. Weil er ihm alles glaubt, behandelt er die anderen mit moralischer Entrüstung und verlangt von ihnen durch Einschüchterung die Aussagen, die er verlangte und brauchte. So entstand das Schreckbild von der großen hochverräterischen Marineverschwörung, so entstand das märchenhafte USP-Programm, das den Krieg durch organisierte Gewaltanwendung zu Ende bringen wollte, dieses Programm, das sich im Laufe der Verhandlungen in nichts auflöste.

Diensteifrig, beschränkt, selbstgefällig, menschlichen Regungen unzugänglich, steht er da. Man hat nicht den Eindruck, daß ihm die Frage Beschwerden macht, ob die bei den Erschossenen zu Recht oder zu Unrecht hingerichtet worden sind. Um sich selber ist er aber sehr besorgt. Auf der Rückreise von seinem Sommeraufenthalt in Borkum hat er in Bremen seinen ehemaligen Protokollführer aufgesucht, der für die Aufklärung der Tatbestände wichtig werden konnte und hat sich für dessen Beförderung liebevoll interessiert. Früher einmal hat er durch einen Vermittler, wo es sich um einen Ministerialratsposten im Ministerium des Innern bei Severing handelte, beworben und dem Vermittler gleichfalls Beförderung versprochen. Für diesen Mann ist das große erschütternde Drama, das sich vor zehn Jahren abgespielt hat, nur ein einst erwünschter, jetzt peinlich gewordener Zwischenfall in seiner Laufbahn.

Aber Reichpietsch und Köbis sind tot!

•

Die für heute zu mittag angesetzte Gegenüberstellung der drei früheren Matrosen Weber, Becker und Sachse mit dem ehemaligen Kriegsgerichtsrat und jetzigen Landgerichtsrat Dr. Dobring findet außerordentlich starkes Interesse. Obwohl der Reichstag gestern schon in die Ferien gegangen ist, hat sich eine große Anzahl von Abgeordneten, viele Vertreter der Presse sowie sonstige Zuhörer eingefunden.

Bei Eröffnung der Sitzung erklärt der Vorsitzende Abg. **Philipp** (Dnat.), daß es sich bei diesen Verhandlungen nicht um die Wiederaufrollung des Gerichtsverfahrens vom Jahre 1917 handle, auch nicht um die Nachprüfung der Frage, ob das damalige Urteil juristisch berechtigt war oder nicht. Dem Ausschuß komme es nur darauf an, die politischen Zusammenhänge bloßzulegen und festzustellen, ob die Unruhen aus der Marine selbst hervorgegangen, oder ob sie von außen hereingetragen worden sind. Der Ausschuß habe bisher auch noch keine Feststellungen getroffen, es könne sich bisher lediglich um subjektive Feststellungen einzelner Ausschußmitglieder handeln.

Darauf werden die Zeugen vereidigt mit Ausnahme des früheren Heizers Sachse, gegen den ein politisches Verfahren schwebt.

Dobrings Vernehmung.

Berichterstatter Abg. **Joos** erinnert Dobring zunächst an seine Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Abg. Joos vom 9. November vorigen Jahres. Hierin hat Dobring angegeben — und bestätigt es heute —, daß Sachse ihm vollkommen freiwillig und ohne daß Dobring irgend etwas aus der Numerierung der Forderungen hinzugefügt hätte, ihm als Untersuchungsrichter gestanden habe, die Tivoli-Versammlung habe ein Programm von vier Forderungen aufgestellt und die Errichtung einer Organisation für ihre Durchsetzung beschlossen. Diese vier Punkte seien von Dittmann für die USPD. gebilligt worden.

Abg. **Joos** hält Herrn Dobring vor, Sachse habe ganz entschieden bestritten, daß ein bestimmtes Programm für die Unruhen bestanden habe. Weder die Matrosen, noch die USPD., noch eine andere Partei haben ein solches Programm aufgestellt.

Dobring beruft sich auf das Protokoll der Hauptverhandlung, auf das er keinen Einfluß genommen habe. Drei der angeklagten Matrosen hätten zugegeben, daß ein solches Programm bestanden habe.

Sachse erklärt, daß er zu den Aussagen stehe, die er vor dem Ausschuß gemacht habe, **daß es also ein derartiges Programm nicht gegeben habe.**

Dobring erklärt auf die Frage, warum das Programm dasjenige der USPD. war, von Dittmann gebilligt worden sei, daß er dazu das ganze Verfahren darstellen müsse. Er erzählt also: Ich wurde eines Tages vom Lande auf das Bureauschiff „Kaiser Wilhelm II." gerufen, wo mir der Oberkriegsgerichtsrat und der Konteradmiral sagten, daß auf einigen Schiffen Unruhen ausgebrochen seien, die ich nun im Zusammenhang untersuchen sollte.

Abg. **Joos:** Warum wurden gerade Sie damit beauftragt?

Dobring: Vermutlich weil ein anderer diese Arbeit nicht machen wollte.

Abg. **Joos:** Etwa weil Sie als besonders scharf galten?

Dobring: Mich als besonders scharf zu erweisen, hatte ich vorher gar keine Gelegenheit gehabt. — Man hatte auf dem Schiff „Pillau" im Spind des Oberheizers Fischer eine Mitgliederliste der Hauptorganisation gefunden, die auf „Friedrich der Große" saß. Fischer war nach Freiburg beurlaubt, als sein Spind durchsucht wurde.

Abg. **Joos:** Warum nennen Sie das Organisation, konnte das nicht auch zum Beispiel eine Liste von Zeitungsbeziehern sein?

Dobring: Rückschauend erscheint uns das so, **es war doch eine Zentrale** da. Nicht ich habe ein Geständnis aus dem Beschuldigten herausgepreßt, sondern Sachse hat schon vor meiner Tätigkeit dem anderen Kriegsgerichtsrat eingestanden, daß eine Organisation bestanden habe. Das gleiche tat der Oberheizer Fischer. Sachse war bei seiner ersten Vernehmung keineswegs erschüttert, wie man es bei der schweren Anklage wohl hätte erwarten können. Er sagte, er sehe ein, daß Leugnen keinen Zweck habe. Ich war damals bestürzt, als Sachse alles so offen zugab, und wörtlich das sagte, was in den Akten steht.

Abg. **Joos:** Haben Sie sich nicht überlegt, ob das auch richtig war, was Sachse sagte.

Dobring: Als er so offenherzig alles zugab, schickte ich ihn zurück, ohne etwas zu protokollieren, damit er sich alles nochmals überlege. Aber am nachmittag hat er das Geständnis wiederholt. Sachse war ja der einzige wirkliche Kopf, die einzige Intelligenz dieser ganzen Gesellschaft. (Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder verbitten sich eine derartige Ausdrucksweise.) Ich wollte sagen, Sachse war der einzige, der wußte, was er tat und der sofort die Konsequenzen aus seiner Lage zog.

Abg. Dr. **Moses** (Soz.): Haben Sie niemals einen scharfen Ton gegen ihn angeschlagen?

Dobring: Nur ein einziges Mal und das war viel später, als nämlich Sachse in einem Schmuggelbrief an seine Braut geschrieben hatte, er müsse mir und den anderen Richtern um den Mund gehen. Ich habe darauf einen Moment ganz furchtbarer Seelennot erlebt, ob er mir nicht etwas Unwahres gestanden habe. Und da habe ich ihn scharf gefragt, aber er hat geantwortet, daß er mir stets die Wahrheit gesagt habe. Ich war so vorsichtig, zu den Vernehmungen immer einen Kriminalkommissar meinem Protokollschreiber zuzuziehen. Einen Druck auszuüben hatte ich ja gar nicht nötig. Denn Sachse beschuldigte nicht nur sich selbst, sondern gab auch die anderen an, Reichpietsch usw., so daß diesen schließlich auch nichts anderes übrigblieb, als alles zuzugeben, nachdem sie erkannt hatten, daß einer „gepfiffen" hatte. Durch diese Tätigkeit Sachses ist das die leichteste Untersuchung geworden, die ich in meinen 22 Dienstjahren gehabt habe.

Abg. **Joos** fragt nun, welche anderen Matrosen dem Sachse gegenübergestellt worden seien, worauf Dobring zunächst den Reichpietsch nennt. — Abg. **Joos:** Den können wir ja nun nicht mehr fragen. **Dobring:** Wohl auch noch andere, ich weiß nicht mehr genau welche. Auf Aufforderung des Berichterstatters erklärt

Zeuge Beckers,

daß er dem Sachse gegenübergestellt worden ist, und gibt an: Dobring fragte mich, ob wir die Absicht gehabt hätten, Gewalt anzuwenden, was ich verneinte. Ganz kurz darauf wurde ich zu meiner Erstaunen wieder zu Dobring gerufen. Schon als ich noch die Türklinke in der Hand hatte, empfing mich Dobring mit Schimpfworten und rief:

Sie schamloser Geselle. Sie sind derjenige, der Gewalt anwenden wollte. Rechnen Sie nicht auf Gnade. Sie werden hingerichtet!

Abg. **Joos:** Sie sagen unter Ihrem Eid aus!

Zeuge **Beckers:** Jawohl. Gleich darauf hielt mir Dobring als Beweis einen Zettel vor, den ich an einen anderen geschrieben hatte und der etwa lautete: „Noch drei Tage, dann los!" Ich gab zu, diesen Zettel geschrieben zu haben, der übrigens nur den Empfänger daran erinnern sollte, daß, wenn binnen drei Tagen die uns gemachten Versprechungen nicht erfüllt würden, wir sie wiederholen wollten. Dobring wollte aber aus mir herausbekommen, daß nach diesen drei Tagen der große Schlag folgen sollte. Sachse erzählte einmal Reichpietsch und mir, was er ausgesagt hatte.

Ich kam mir vor wie ein verlassenes Kind und log, was ich konnte.

Natürlich aber bestätigte ich das, was Sachse und Reichpietsch bereits angegeben hatten, schon um dem Vernehmungsrichter eine Freude zu machen. (Beckers will offenbar sagen, daß er damit den Richter sich günstiger stimmen wollte. Anmerkung des Berichterstatters.)

Auch der Zeuge Obermatrose **Scheidemann** ist Sachse gegenübergestellt worden und gibt an: Ich war seit 1912 auf dem Schiff. Sachse kam erst im Frühjahr 1914 dazu und spielte zunächst gar keine Rolle. Auch gab es niemals eine politische oder sonstige Organisation, das alles kam erst 1917, als wir diese schlechte Verpflegung bekamen und die Bewegung aus den kleinsten Anfängen entstand. Als Oberheizer hätte ich es wissen müssen, wenn Sachse schon vorher irgendeine Rolle gespielt hätte.

Sachse bleibt noch einmal ausdrücklich bei dem, was er in seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt hat. In dem Kassiber, auf den sich Dobring beruft, habe er die Haltung Dobrings charakterisiert und seine Eltern vor ihm warnen wollen.

Abg. **Joos** erinnert den Zeugen Sachse an die Stelle in der Dittmann-Broschüre, worin mitgeteilt wird, Sachse habe bekundet, daß Dobring bei seiner Vernehmung einen Galgen aufgemalt und einen Revolver neben sich liegen gehabt habe. Sachse bestätigt das.

Versuchte Zeugenbeeinflussung.

Es kommt nunmehr zu einer erregten Szene. Der Zeuge **Dobring** ersucht, den früheren Matrosen Steinmeier zu vernehmen, der bei dieser Vernehmung zugegen gewesen sei. Abg. **Joos** fragt Herrn Dobring, ob es richtig sei, daß er mit Steinmeier bereits eine Zusammenkunft gehabt und **ihn zu beeinflussen versucht** habe. Nach einer dem Berichterstatter zugegangenen Mitteilung habe Dobring an Steinmeier im August 1926 einen Brief geschrieben, worin er diesen an seine alte Bekanntschaft erinnert und ihn fragt, ob er noch als einfacher Angestellter bei der Staatsanwaltschaft funktioniere. Er würde ihn vielleicht als Zeugen in Anspruch nehmen, er würde sich eventuell für Steinmeier verwenden. (Bewegung bei den Zuhörern; ein Abgeordneter ruft „Pfui!") Abg. Joos fährt fort, daß nach diesem Briefe Bedenken beständen, Steinmeier als Zeugen zu vernehmen.

Dobring bestätigt die Richtigkeit dieses Briefes; er sei auch im September vorigen Jahres, als er von einer Erholungsreise von Borkum zurückkam, mit Steinmeier in Hannover zusammengetroffen. Das sei aber zu einer Zeit geschehen, wo der Untersuchungsausschuß erklärt habe, weder Dobring noch die anderen Zeugen sollten vernommen werden.

Die Abg. **Joos** und **Dittmann** stellen fest, daß der Ausschuß niemals einen solchen Beschluß gefaßt habe. Der Vorsitzende Abg. **Philipp** meint dazu, daß der Ausschuß sich im vorigen Jahre mit der Frage beschäftigt habe, ob man Dobring als Zeugen vernehmen solle, man habe damals aber nur vorläufig schriftliche Aussagen von ihm eingefordert.

Dobring erklärt dann weiter, daß es ihm nur darauf angekommen sei, Steinmeier und einen anderen Herrn, der damals als Protokollführer tätig gewesen sei, zu fragen, ob sie sich auf die früheren Ereignisse noch besinnen und ob sie als Zeugen auftreten könnten. Als alter Kamerad habe er es als selbstverständlich empfunden, daß er für Steinmeier etwas tun wolle. Er sei doch in schwerster Weise angegriffen worden, als Einzelner habe er einer ganzen Reihe von Zeugen gegenübergestanden, was sei ihm also übrig geblieben, als sich objektive Zeugen zu sichern?

Dobring gibt dem Abg. Joos zu, daß man sein Vorgehen als Beeinflussung auslegen könne, er habe dann doch aber nichts anderes getan, als was der Abg. Dittmann vor ihm getan habe.

Dobrings Methoden.

Abg. **Dittmann** stellt demgegenüber fest, daß das in keiner Weise zutrifft. Er habe keinem der Zeugen auch nur die leiseste Aussicht gemacht, daß er sich für sie einsetzen werde. Er habe stets die notwendige Distanz zu den Zeugen gehalten und darauf Wert gelegt, daß er sich in keiner Weise mit ihnen identifiziere. Der Brief, den Dobring an Steinmeier geschrieben hat, charakterisiert seine ganze Methode. Dittmann verliest einen anderen Brief von Dobring, der am 11. November 1921 an den zuständigen Referenten im preußischen Innenministerium gerichtet war. Darin schreibt Dobring, es liege ihm daran, schleunigst zum Ministerialrat ernannt zu werden und eine Abteilung zur Bekämpfung des Wucherwesens zu erhalten. Am Schlusse des Briefes sagt Dobring: Ich hoffe dabei, wenn Ihre Vermittlung Erfolg hat, daß Sie sich nicht weigern, mir in einer Beamtenstellung dabei Beistand zu leisten. Der Referent war nämlich, wie Dittmann dazu sagt, Angestellter, Dobring hat ihm also versprochen, wenn er selbst die Stellung als Ministerialrat bekäme, ihn in eine Beamtenposi-

tion zu bringen. Der Minister, an den sich der Referent wenden sollte, war Severing.

Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß dieser Brief nicht unmittelbar mit der heutigen Sache zusammenhängt, erklärt Dittmann, daß es ihm nur darauf angekommen sei, die Gesinnung des Herrn Dobring darzustellen.

Dobring sagt dann weiter, daß er seine Behauptung, es habe eine feste Organisation bei der Flotte bestanden, unter anderm auf die Aussagen von Beckers gestützt habe. Dieser habe gesagt, der USP. würde es angenehm sein, wenn die Flotte sich an einem Generalstreik beteiligte. Die Abgeordneten hätten auch den Leuten gesagt, sie sollten vorsichtig sein.

Abg. **Joos** meint dazu, es sei doch etwas anderes, ob man sich über eine Sache freue, oder ob man sie billige und fördere.

Dobring sagt weiter, noch vor dem Reichsgericht wäre es doch für die Zeugen Zeit gewesen, die Protokolle als gefälscht zu bezeichnen; das hätten sie aber nicht getan.

Die Vernehmung wendet sich nunmehr den Vorgängen in Celle zu. Der Zeuge Weber hat am 23. März vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt, auf seine Frage an Dobring, ob es nicht sein Gewissen belaste, daß er die beiden Matrosen habe erschießen lassen, habe Dobring kaltblütig erklärt:

Ich wäre imstande, diese Leute noch einmal zu erschießen, besonders Reichpietsch.

Dobring habe diese Aeußerung bei der ersten Vernehmung getan, bevor noch ein Protokoll aufgenommen worden war. — **Dobring** erklärt dazu, er könne sich heute nach zehn Jahren nicht mehr darauf entsinnen, ob er diese Aeußerung getan habe. Er mag wohl gesagt haben, Verräter, die ihrem Vaterland in den Rücken fallen, hätten zehnmal den Tod verdient. Noch heute würde er nichts anderes sagen können.

Weber schildert dann den damaligen Vorgang. Er gibt zu, daß er bei der Begegnung mit Dobring tief erschüttert war und geweint habe. Das sei aber zu verstehen, wenn gesagt werde, daß der Kopf nicht mehr sicher sei. Der Zeuge hebt eine Photographie gegen Dobring hoch und ruft ihm zu:

Das sind die Gräber der beiden Erschossenen. Sie können sie ja jetzt noch einmal ausgraben und erschießen lassen. (Lebhafte Bewegung im Saal.)

Der **Vorsitzende** erklärt, wegen dieser „Ungebühr" werde sich der Ausschuß noch befassen. Abg. **Dittmann** stellt fest, daß auch Herr Dobring sich ungebührlich benommen habe. Es entspinnt sich nunmehr eine längere Erörterung darüber, ob die damaligen Beschuldigten von sich aus eine Organisation unter den Matrosen zugegeben hätten, oder ob das erst geschehen sei, nachdem die Untersuchungsführer, insbesondere Dobring, immer von Organisation geredet hätten, worauf dann eben auch die Beschuldigten dieses Wort gebrauchten. Dobring behauptet, daß nicht er den Ausdruck Organisation hineingebracht hätte. Aber die damaligen Angeschuldigten und jetzigen Zeugen halten ziemlich entschieden daran fest.

Abg. **Dittmann:** Der Zeuge Weber hat vorhin bekundet, daß ihm Protokolle vorgehalten worden sind, worin das Wort Organisation gebraucht war, und daß auch der Untersuchungsführer dieses Wort gebraucht habe, ohne direkt von Dobring zu sprechen.

Zeuge **Weber:** Dobring hat großen Wert auf die Organisation und die USPD. gelegt.

Abg. **Joos:** Es ist klar, daß der Untersuchungsführer, wenn politische Zusammenhänge vermutet werden, auch darauf ausgeht, solche Zusammenhänge zu finden. Mit der Untersuchungsführung selbst haben wir es hier nicht zu tun.

Zeuge **Becker:** Ich kann Dobring nicht den Vorwurf machen, daß er mir etwas erpreßt hat. Bei der Ueberführung in das Gerichtsgefängnis empfing er mich allerdings mit den Worten:

Aha, da kommt einer von den Todeskandidaten.

Er hat auch weiter gesagt, das **Gericht würde sich seinem Antrag beugen müssen.** Ich habe mir das alles drei Tage nach der Verhaftung aufgeschrieben. Bei den Vernehmungen hat Dobring von Galgen, Hängen und Hinrichtung gesprochen. Im Zuchthaus Celle hat Dobring mir auf meine Frage, ob Koebisch und Reichpietsch wirklich erschossen seien, geantwortet: „Ja, gewiß, und wenn ich die Macht besäße, würde ich die beiden ausgraben und noch einmal erschießen lassen." Mir war die Niederschrift eines Manifestes zur Last gelegt. Als ich schon verurteilt war, fragte mich Dobring, wann ich meine damalige Braut eigentlich heiraten wolle, ob vielleicht, wenn ich die fünfzehn Jahre abgesessen haben würde. Bei meinem Schwiegervater kehrte die Polizei das Unterste zu oberst. Im Februar 1918 wurden Sachse und ich wieder als Zeugen nach Wilhelmshaven transportiert. Dobring fragte uns, wie es uns gehe, und als wir über Hunger klagten, brachte er uns belegte Brote und sagte uns, wir sollten uns in der bevorstehenden Hauptverhandlung kurz fassen und sagen, was wir wissen. Kauend erwiderten wir,

daß wir schon zu seiner Zufriedenheit aussagen würden.

Als ich dann aber in der Verhandlung leugnete, das Manifest geschrieben zu haben, wurde ich angeschrien und Dobring machte ungefähr ein Gesicht, als ob er sagen wollte: „Da hat er Brötchen bekommen und jetzt leugnet der Kerl noch. (Große Heiterkeit.)

Gegenüber einer Behauptung Dobrings stellt **Sachse** fest, daß er am 7. August 1917 verhaftet worden ist, also das Wort „Organisation" in dem Vernehmungsprotokoll vom 3. August nicht auf ihn zurückzuführen sein könne.

Zeuge **Scheidemann:** Als ich in der Hauptverhandlung gegen die Ziethen-Matrosen auf die Frage, ob der Matrose Zimmermann das Schiff in die Luft sprengen wollte, lachen mußte, warf Dobring wütend den Bleistift hin und rief: **Auf diesen Zeugen können wir verzichten!**

Abg. Dr. **Moses** (Soz.): Im Münchener Dolchstoßprozeß hat Dobring ausgesagt, er könne beweisen, daß aller Verrat, Sabotage und Meuterei zurückzuführen seien auf Leute, die sich als Anhänger der USPD. bekannten und kein Hehl daraus machten, daß sie das Programm der USPD. erfüllt hätten. Nun haben uns sämtliche Zeugen erklärt, daß sie sich niemals als Anhänger der USPD. bekannt und niemals erklärt haben, daß sie das Programm der USPD. durchgeführt hätten. Das ist doch ein Widerspruch.

Dobring: Ich weiß nicht, ob ich in dem Münchener Prozeß gesagt habe, ich könnte das beweisen.

Abg. Dr. **Moses:** Das steht in beiden Ausgaben des gedruckten stenographischen Berichts über den Dolchstoßprozeß.

Dobring scheint zunächst die Richtigkeit dieser Berichte bezweifeln zu wollen und sagt dann: Da jener Prozeß ein Privatklageverfahren gegen einen sozialdemokratischen Redakteur war, lag mir daran, zu unterscheiden zwischen der alten Sozialdemokratischen Partei und der USPD. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß mir nicht ein einziger Anhänger der alten Sozialdemokratischen Partei bekanntgeworden sei, der an diesen Machenschaften beteiligt wäre, während die Angeschuldigten sich zur USPD. bekannt hätten. Wenn die Leute es heute bestreiten, so ist das ihre Sache. Aber hat nicht Becker in seinem Manifest aufgefordert, der USPD. beizutreten?

Becker: Allerdings, aber nur damit die Vertreter dieser Partei auf der Stockholmer Konferenz sagen könnten, hinter ihnen ständen Tausende deutscher Matrosen. Es ging mir nur darum, unsere Stimmen zu zählen, d. h. die Mannschaften, die mit uns baldigen Frieden wollten.

Dobring: Warum er den Beitritt zur USPD. verlangte, ist seine Sache, aber verlangt hat er ihn.

Abg. **Dittmann** (Soz.): Laut den Akten hat Weber vor dem Oberkriegsgerichtsrat De Barry am 3. August 1917 ausgesagt, er selbst lese den „Vorwärts" und neige zu den darin vertretenen Anschauungen, strebe allerdings danach, sich über beide Richtungen zu informieren. Weber war also damals Mehrheitssozialdemokrat, und die Behauptung Dobrings in München ist somit unrichtig.

Dobring hält Dittmann vor, daß die Zentrale der USP. den Matrosen Reichpietsch an ihren Parteisekretär Senz empfohlen hätte.

Abg. **Dittmann:** Senz war nicht Parteisekretär, sondern Vertrauensmann. **Niemals hat die Zentrale der USPD. in der Marine Unterschriften für Stockholm sammeln lassen.** Denn was hätte das für einen Zweck gehabt,

man hätte die Leute nur ans Messer geliefert.

Die eine vorgefundene Liste mit zwölf Unterschriften ist vollkommen handschriftlich, von einer Hand hergestellt. Auf wen sollten derartige Listen Eindruck machen? Es sind uns aus der Marine einzelne Beitrittsscheine zugegangen, so waren 15 Beitrittserklärungen von Matrosen des Schiffes „Ziethen" an die „Leipziger Volkszeitung" geschickt worden, die dann im Briefkasten mitteilte, sie seien an Dittmann weiter gegangen. Wir haben die Scheine an unseren Bezirkssekretär in Bremen geschickt und ihm überlassen, ob die Leute aufgenommen werden sollen. Von Stockholm war dabei überhaupt keine Rede.

Dobring: Es kommt nicht darauf an, was Sie als erfahrener Politiker mit den Listen angefangen hätten. Für mich als Untersuchungsführer kam es nur darauf an, welchen Zweck die Beschuldigten mit den Listen verbanden.

Abg. **Dittmann: Die Mitgliedschaft bei der USPD. war doch** vollkommen legal und ebensowenig ein Verbrechen wie die Zugehörigkeit zum Zentrum oder zur Nationalliberalen Partei.

Dobring: Als Verbrechen habe ich es auch nicht ausgelegt. Aber ich lasse mich nicht davon abbringen, daß die Leute der USPD. beitreten wollten.

Dittmann stellt fest, daß Dobring das sogenannte Programm des Sachse in der Anklageschrift anders als im Vernehmungsprotokoll dargestellt hat. Während der vierte Programmpunkt im Vernehmungsprotokoll vom 9. August lautet: „Erzwingung eines alsbaldigen annexionslosen und entschädigungslosen Friedens und gewaltsame Durchführung des Programms der USPD.", lautet er in der Anklageschrift vom 21. August: „Erzwingung eines alsbaldigen annexionslosen, entschädigungslosen Friedens durch Waffenniederlegung, Generalstreik und Verweigerung des Gehorsams gegen Befehle der Vorgesetzten für Unterdrückung der Streikbewegung."

Dobring will nicht zugeben, daß hierin ein wesentlicher Unterschied liege, während **Dittmann** aus dieser Konstruktion den Schluß zieht, daß auch schon das Programm im Vernehmungsprotokoll konstruiert sein dürfte.

Thüringens Regierungskrise dauert fort.

Für keine der beiden Ministerlisten eine Mehrheit.

Weimar, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Thüringischen Landtag wurde am Sonnabend vormittag die sozialdemokratische Ministerliste mit 30 gegen 25 Stimmen, die Ministerliste der Demokraten mit 52 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Für die sozialdemokratische Liste stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten, für die demokratische lediglich die Demokraten und der eine Sparer. Nach Verkündigung der Abstimmungsergebnisse stellten die Kommunisten den Antrag auf Auflösung des Landtages. Die Abstimmung über diesen Antrag wird erst in einiger Zeit stattfinden.

Der Lämmerhirt von Greene.

Ein schimpfender Richter und die deutsche Justiz.

Braunschweig, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Amtsgerichtsrat Lämmerhirt in Greene hatte in einem Abtreibungsprozeß in seiner mündlichen und schriftlichen Urteilsbegründung darauf hingewiesen, daß den Angeklagten mildernde Umstände zugutekommen müßten, weil sich „selbst in unserem engeren Vaterlande gewissenlose Parlamentarier fänden, die für die Straffreiheit der Abtreibung eintreten." Drei Abgeordnete der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stellten daraufhin Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft weigerte sich, Lämmerhirt zu belangen. Eine Beschwerde bei der Strafkammer wurde abgelehnt und erst das Oberlandesgericht Braunschweig verfügte die Eröffnung des Verfahrens, da Lämmerhirt hinreichend verdächtig sei, die Parlamentarier beleidigt zu haben. Nun wurde die Sache dem Amtsgericht Gandersheim in Braunschweig überwiesen, da Lämmerhirt in Greene als einziger Richter tätig war. Nachdem sich verschiedene Staatsanwälte geweigert hatten, die Anklage zu vertreten, wurde ein Einspruch Lämmerhirts anerkannt, der die Angelegenheit dem Amtsgericht Greene überwiesen wissen wollte. Infolgedessen mußte erst wieder die Strafkammer, da Greene nicht in Frage kommen konnte, Gandersheim als Ersatzgericht ausdrücklich feststellen. Nachdem die Angelegenheit nun schon fünfmal die verschiedenen Instanzen beschäftigt hatte, glaubte man jetzt endlich in Gandersheim den Prozeß durchführen zu können. Nun aber entschied das Amtsgericht Gandersheim für die Einstellung des Verfahrens, da Lämmerhirt — im Gegensatz zu der Meinung des Oberlandesgerichts — nicht verdächtig sei, eine Beleidigung begangen zu haben!

Es war also nicht möglich, den braunschweigischen Richter für die Beschimpfungen in der Urteilsbegründung zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Städtische Ballett.

Zur Erstaufführung von „Don Juan" und „Prometheus".

Wie man ein altes Ballett in ein modernes Tanzdrama umgestalten kann, hat Laban vor einigen Monaten in einer Matinee der Volksbühne gezeigt. Er beschränkte die pantomimischen Elemente auf ein Minimum, übersetzte äußeres Geschehen in inneres Erleben und konzentrierte die Gefühlsinhalte mehr in den Massen als in den Einzelpersonen. Eine verschwenderische Ueberfülle neuer tänzerischer Motive, eine unvergleichliche Kunst raumgliedernder Gruppenballung und -auflösung schufen ein Originalwerk, das vom alten Vorbilde nur wenige Züge entlehnte.

Wenn die Ballettmeisterin unserer Städtischen Oper es wagt, jetzt mit dem gleichen Vorbilde — dem pantomimischen Ballett „Don Juan" von Angiolini und Gluck — Labans Experiment zu wiederholen, so ist das in jedem Fall ein tollkühnes Unterfangen. Der Vergleich mit der Leistung des Meisters drängt sich auf. Wir lehnen ihn ab. Wir wollen unbefangen das prüfen, was sie selber zuwege brachte. Und wir wollen ihr die mildernden Umstände alle bewilligen, die jedem zustehen, der verdammt ist, nach Theatermusik moderne Tänze zu komponieren. Der nicht eigene Vision, nicht eigenes seelisches Erleben in bewegte Architektur umsetzen darf, sondern zu den Klängen von Rumbumbaß, Tutehorn und Geigen unglückliche Tänzerkorps Schwünge und Sprünge ausüben lassen muß. Denn was Fräulein Maudrik geschaffen hat, erwuchs nicht wie Labans „Don Juan" auf dem Boden einer freien Tanzbühne, sondern die Choreographie war genötigt, sich in den Rahmen einer Opernbühne zu fügen. Bei der die Musik tonangebend in jedem Sinne des Wortes ist. Bei der nicht der Ton, sondern der Tanz das begleitende dienende Element ist.

Was erlebten wir gestern? Die rein pantomimischen Teile überwogen oder hielten dem eigentlichen Tanz mindestens die Waage. Die Personen agierten im Rhythmus der Musik. Selbst die Todeszuckungen des Konturs schmiegten sich korrekt dem Takte der begleitenden Melodien an. Das zweite Bild gab Gelegenheit zu choreographischem Schaffen. Es galt, Tänze zu vorhandener alter Ballettmusik zu komponieren. Die Opernmusiker behaupten, dem Stil dieser Musik paßten sich tänzerisch nur regelrechte Ballettkompositionen an. Laban hat in seinem „Don Juan" bewiesen, daß das ein Irrtum ist. Er gab zur alten Musik moderne Tanzformungen und erzielte Wirkungen, die bei einem modernen Publikum alte Ballettänze zu erzielen nicht fähig sind. Auch ohne Spitzentanz, Pirouetten und Entrechats gestaltete er Soli und Gruppentänze, die sich nicht nur dem Ganzen stilgerecht einfügten, sondern den Gesamteindruck belebten und vertieften. Fräulein Maudrik hielt am alten Stil fest, war aber nicht imstande, auch nur die üblichen Ballettwirkungen zu erzielen. Weder die Technik ihres Korps reichte dazu hin, noch ihr eigenes kompositorisches Können. Was sie zeigte, war phantasielos, temperamentlos, ungegliedert, von bleierner Monotonie. In der Friedhofsszene des dritten Bildes machte sie einmal den Versuch, einen musikalischen Tanz modernen Stils zu schaffen. Er fiel aus dem Rahmen und konnte auf verdunkelter Bühne kaum gewürdigt werden. Das Schlußbild versank dann in ein Chaos von wirrem Durcheinander und reichlichen Wasserdämpfen. — Neben dem „Don Juan" gab es ein Ballett von Beethoven: „Die Geschöpfe des Prometheus". Choreographisch ein fader, süßlicher Kitsch. Ohne eine einzige tänzerische Idee. Nicht diskutabel.

Die Einzelleistungen in diesen beiden Balletts zu beurteilen, wage ich nicht. Es bot sich keine Gelegenheit zur Entfaltung tänzerischen Könnens. So hatte z. B. im letzten Bilde des „Prometheus" die offenbar begabte und technisch vorzügliche Alice Uhlen ein Solo, das anfangs Gutes zu verheißen schien. Aber die erfreulichen Ansätze verpufften und verlachten in der Trostlosigkeit einer unorganischen, in eintönigen Wiederholungen endlos hinplätschernden Komposition.

Ein schlimmer Abend. Wenn man hört und sieht, was die Tanzgruppen in Hannover oder in Münster an modernen choreographischen Schöpfungen zuwege bringen, dann drängt sich die Frage auf: weshalb ist solches in Berlin nicht möglich? Weshalb muß die Reichshauptstadt gegen die „Provinz" so schmählich zurückstehen? Aber wenn ich für die Tanzgruppe der Staatsoper die Forderung stellte: Erlöst dieses unvergleichliche Ensemble aus den Klammern der Oper, gebt es frei, daß es unbehindert durch musikalische Taktstöcke zu selbständigen Leistungen sich aufschwinge — so könnte ich die gleiche Forderung für die Tanzgruppe der Städtischen Oper mit gutem Gewissen nicht stellen. Denn nach allem, was wir bisher von dieser Gruppe und ihrer Leiterin gesehen haben, zweifle ich, daß hier selbst unter den günstigsten Bedingungen jemals etwas Großes, Starkes, Kühnes, Achtunggebietendes zu erhoffen ist. Der Tanzbetrieb der Berliner Städtischen Oper in seinem gegenwärtigen Zustand ist ein hoffnungsloser Fall. Nur radikale Umgestaltung an Haupt und Gliedern kann Besserung bringen. Wird sie kommen? Oder wird auch fernerhin fortgewurstelt und ein großer Aufwand nutzlos vertan werden?

John Schikowski.

Beethoven-Feier im Orpheum.

Mit seinem Aerztechor und den Philharmonikern rief Dr. Kurt Singer zu einer Beethovenfeier im „Orpheum" in der Hasenheide. Die Orchesterdirigenten haben dazu eine unendlich viel reichere Auswahl als die Chordirigenten. So mühte sich der hochstrebende, erfolgreiche Führer der Aerzte mit der Schauspielmusik zu Kotzebues „Ruinen von Athen" ab, ohne daß der immensen Anstrengung die dankbare äußere Wirkung entsprochen hätte. Der erste Teil pendelt zu sehr zwischen starren allegorischen Tiefsinnigkeiten und fast Mendelssohnschen Niedlichkeiten hin und her. Und erst vom „Türkischen Marsch" an wird das Ganze energischer, plastischer und hinreißender, um im Schlußchor schließlich schon die herrliche Mystik der „Neunten" zum Teil vorwegzunehmen. Dazu kommen die verschiedenen Attacken Beethovens gegen die menschlichen Stimmen, die hier weit zahlreicher sind als in dem zweiten Chorwerk des Abends, der C-Dur-Messe. Daß diese problematischen „Ruinen von Athen" wenigstens sicher, exakt und am Schlusse imponierend zu Gehör gebracht wurden, wollte schon sehr viel heißen. Wären die Männerstimmen noch mehr zu lockerer Deutlichkeit aufgerüttelt, die jugendlichen Sopranstimmen in der Höhe zu ebenerer Tongebung angehalten worden, so war es wenigstens beim Kenner ein Erfolg im höchsten Sinne. Um so unantastbarer war die Wiedergabe der schönen, poesievollen und bei einschmeichelndster Melodik grandios gestalteten Vorläuferin der „Missa Solemnis", ihrer unerbittlichen Rivalin. Wie Singer hier die verborgensten Schönheiten auszugraben wußte, wie er Orchester, Chor und Soloquartett zusammenhielt und aufs innigste zusammenschweißte, war wunderbar, eine Leistung allerersten Ranges. Vom Quartett wäre außer der untadelhaften Altistin Maria Peschken an den Einzelstimmen manches zu bemängeln, so die widerspenstige Höhe der Sopranistin Berthe von Vigier, die etwas trockene Tongebung des Tenors Carlos Sengstaak, dem auch die hinreißende Höhe fehlt, die wenig fundamentale Tiefe des Bassisten Kurt Arndt. Aber das Ensemble und die feinsten künstlerischen Abstufungen des Quartetts waren unvergleichlich. Der Klaviersolist des Abends war Erwin Bodky. So hoch ich ihn als Pianisten auch schätze, zum G-Dur-Konzert reicht seine Kraft noch nicht aus. Die lyrisch so herrlich durchtränkten Figuren des ersten und letzten Satzes wurden wenig liebevoll angefaßt, die rhythmische Größe durch nervöse Hast schwer geschädigt, die Oktavengänge in den oberen Lagen mit wenig Anschlagskultur erledigt. Die von ihm gespielten (von wem verfaßten?) Kadenzen sind in ihrer teils etüdenhaften Langweiligkeit, teils grotesken Sprunghaftigkeit ein Hohn auf den Geist Beethovens. Nur der zweite Satz entsprach allen Ansprüchen. Die Philharmoniker spornte Dr. Singer als ein echter Orchesterdirigent zu höchsten Taten an.

Heinrich Maurer.

Ossip Dymows „Frühlingswahn" im Theater i. d. Klosterstraße. Der Abend wäre ganz gewiß in keinem Theater ein sonderlicher Erfolg gewesen. In diesem unglückseligen Stall in der Klosterstraße aber, der jede Stimmung mordet, mußte das anspruchslose Stück eine ausgesprochene Niete werden. Die Aufführung war nicht schlecht. Erika Meingast zeigte sich sogar als Schauspielerin von recht beachtenswertem Format. Ihr glaubte man die Holdheit des Backfischs so gut wie das beinahe zynische Wissen der Frau, und selbst ihren naiven, kitschigen Tod starb sie noch als Mensch. Franz Sondinger und die übrigen Darsteller boten mindestens annehmbares Durchschnittstheater. Was diese ganze kleine, tapfere Schar zusammenhält, ist eine ungeheure Liebe zur Sache, zum Theater im allgemeinen, zu Ossip Dymows Werk im besonderen. Dabei ist das Werk durchaus keine Offenbarung, nur ein resigniertes Bekenntnis, daß das Leben nichts Großes, nichts Wunderbares ist, daß es keine jauchzenden Höhen, keine gewaltigen Probleme für den Einzelnen hat, und daß die Menschen, wenn sie schon gut sind, es meist aneinander vorbei sind. Das alles ist ein wenig russisch-zerfließend und nicht sehr bühnenwirksam dramatisiert. Immerhin könnte das Stück, wenn auch nicht lebhafte Anteilnahme, so doch einiges Interesse wecken — sofern man es auf eine andere Bühne als die in der Klosterstraße gestellt hätte.

Tes.

Werkkunst in den Berliner Staatsschulen. In der Ausstellung Werkkunst 1927 in den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst fand dieser Tage eine Führung für Mitglieder des Preußischen Landtages statt. Prof. Bruno Paul wies an Hand des reichen und zum Teil sehr kostbaren Materials auf den hohen Wert dieser künstlerischen Vorarbeit für diese Zweige der Industrie hin. Besonders fanden die Silberarbeiten, die keramische Kollektion und die Handwebereien Anerkennung. Das Ministerium hat die Erlaubnis erteilt, die Ausstellung um acht Tage zu verlängern. Das Eintrittsgeld beträgt von jetzt ab an allen Tagen 50 Pf.

Amerika sendet keine Note – an Peking.

Und verhandelt mit Kanton.

New York, 9. April. (WTB.) Zu der Pariser Meldung, daß eine gemeinsame Protestnote der Mächte nach Peking abgehen würde, erfährt die „Associated Preß" aus Washington, das Staatsdepartement lehne eine Bestätigung der Pariser Meldung ab. Es weise darauf hin, daß jedenfalls kein Protest an die Pekinger Regierung beabsichtigt sei. Die diplomatischen Vertretungen der Mächte würden zwar noch in Peking beibehalten, aber hauptsächlich deshalb, weil Peking von altersher als Hauptstadt Chinas gelte. Seit jedoch die Kuomintang-Partei einen großen Teil Chinas beherrscht, sei Peking lediglich Hauptstadt der Nordpartei. Eine für ganz China zuständige Zentralregierung existiere jetzt nicht. Die Regierung der Vereinigten Staaten versuche ebenso wie die übrigen Mächte mit den Autoritäten der Kuomintang-Partei, die die tatsächliche Gewalt inne hätten, zu verhandeln. Gegenstand dieser Verhandlungen sei lediglich die Sicherheit der amerikanischen Bürger.

Tschangtsolins Ministerpräsident bleibt.

Peking, 9. April. (Reuter.) Infolge der Durchsuchung der zur Sowjetbotschaft gehörenden Gebäude hat der zurückgetretene Ministerpräsident Wellington Koo beschlossen, für den Augenblick die Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Er hatte Freitag eine Besprechung mit Tschangtsolin, dem er empfahl, die bei der Durchsuchung festgenommenen Personen durch ordentliche Gerichte aburteilen zu lassen. Tschangtsolin lehnte dies aber ab. Er soll die Absicht haben, die Gefangenen vor die Kriegsgerichte zu bringen.

Endlich Rechnungsprüfung.

Die verletzten Rechte des Reichstags!

Nahezu genau ein Jahr, nachdem dem Reichstag die Haushaltsrechnung für 1924 zugegangen ist, wurde vor einigen Tagen im Ausschuß für die Rechnungsprüfung ernsthaft mit der Arbeit begonnen, die für die Kontrolle der Finanzgebarung der Regierung von größter Wichtigkeit ist.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) zeigte als Berichterstatter für die Haushaltsrechnungen, daß ebenso wie der Etat von 1924 so auch der inzwischen zur Mitprüfung eingegangene für 1925 in ganz erheblichem Umfange zur rechnerischen Kritik herausfordere. Er wies das an der Hand seiner eingehenden Nachprüfungen auch materiell nach. Genosse Hertig erörterte die Frage der Rechnungsprüfung des Haushaltes an der Hand der Reichshaushaltsordnung. Er verlangte eine gutachtliche Aeußerung des Rechnungshofes darüber, inwieweit bei den Haushaltsrechnungen von 1924 und 1925 durch die Ministerien die Rechte des Reichstages verletzt oder nicht beachtet worden sind. Der Ausschuß nahm den sozialdemokratischen Antrag an, der den Rechnungshof ersucht, sich gutachtlich in der nächsten Sitzung des Rechnungsausschusses darüber zu äußern, inwieweit die Reichshaushaltsordnung durch die Reichshaushaltsrechnungen 1924 und 1925 verletzt oder nicht beachtet worden ist!

Weiter nahm der Ausschuß einen sozialdemokratischen Antrag an, der verlangte, daß der Bericht und die Bemerkungen des Rechnungshofes zu den Haushaltsrechnungen 1924 und 1925 dem Reichstag bis zum 15. Juni dieses Jahres vorzulegen sind. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag, der vom Reichsfinanzministerium verlangt, daß die Haushaltsrechnung für 1926 spätestens bis zum 1. Oktober 1927 vorzulegen ist, wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluß wurde noch die Entschließung des Berichterstatters, des Genossen Simon-Schwaben, angenommen, die verlangt, daß außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben überhaupt vermieden werden.

Verbote der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Außer dem bereits gemeldeten Verbote der Ortsgruppe Köln der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind noch aus Anlaß der Verkommnisse in Nastetten die Ortsgruppen Koblenz, Niesdorf, Arendorf und Neuwied verboten.

Versicherte Körperteile.

Der Marek-Prozeß lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Versicherung von Körperteilen, die allerdings meist von Künstlern eingegangen wird und nur in seltenen Fällen von Privatpersonen, wie im Falle Marek. Bei den Künstlern handelt es sich darum, diejenigen Körperteile zu versichern, mit denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen. So hatte bereits vor vielen Jahren der Violinvirtuose Kubelik seine rechte Hand in Höhe von 200 000 Mark versichert, sollte diese auf irgendeine Weise gebrauchsunfähig werden. Eine Verletzung seiner Hand, die ihn, wäre es auch nur für einen einzigen Abend, am Auftreten verhinderte, würde die Gesellschaft zu einer Zahlung von 4 000 Mark verpflichten. Er mußte dafür aber auch eine außerordentlich hohe jährliche Prämie zahlen. In New York hatte die Tänzerin Labronta ihre angeblich schönsten Beine der Welt mit 500 000 Mark und die Inhaberin des schönsten Rückens die Rückseite ihrer Persönlichkeit mit 200 000 Mark versichert, da diese beiden Künstlerinnen vielfach als Modell für Photographen und Maler benutzt werden und daraus ein großes Einkommen beziehen. Heut sind andere Summen an der Tagesordnung als in früheren Zeiten. Adelina Patti, vielleicht die größte Sängerin aller Zeiten, hatte auch ihren Kehlkopf versichert, allerdings nur mit der verhältnismäßig geringen Summe von 20 000 Mark. Da aber diese Summe für jeden Abend berechnet war, an dem sie nicht auftreten konnte, so ist auch diese Versicherung recht hoch zu nennen. Ihr wurde übrigens diese Summe nur zweimal in ihrem Leben ausgezahlt. Drei Aerzte wachten nämlich beständig über ihren Gesundheitszustand, insbesondere über die Gesundheit ihres Kehlkopfes. Caruso hatte die gleiche Versicherung abgeschlossen wie Adelina Patti. Auch er ließ sich seinen Kehlkopf versichern, da dieser seine einzige Einnahmequelle war, und sollte für den Fall, daß seine Stimme versagte, die schöne Summe von 500 000 Mark ausgezahlt erhalten. Kurz vor seinem Tode wurde die Summe fällig. Auch von berühmten Artisten, Seiltänzern, Jongleuren, Radfahrern wissen wir, daß sie sich ihre Gliedmaßen, die sie zu ihrem Beruf brauchen, mit hohen Summen versichern lassen. Da aber all diese Künstler ihre Glieder notwendig brauchen, so ist es nicht anzunehmen, daß sie sich derselben mutwillig berauben werden, denn sie können durch die Versicherungssumme niemals so viel verdienen, wie sie durch ihre Beschäftigung einnehmen.

Erstaufführungen der Woche. Sonnt. (12 Uhr mittags) Neues Theater am Zoo: „Spiegelgefecht". — **Dienst.** Kammerspiele: „Lockvögel". — **Sonnab.** Deutsches Künstler-Th.: „Skandal in Amerika". Th. am Kurfürstendamm: „Die Kleine auf Besuch". Ballnerth.: „Auf der Sonnenseite".

Urania-Vorträge. Mont. (5, 7), Dienst., Mittw., Donnerst. (5, 9), Sonnab., Sonnt., Mont. (7, 9): „Das Rätsel der Schöpfung". — Freit. (7): „Goethes Christentum". — Freit. (9): „Goethes Stirb und Werde". — Sonnab., Sonnt., Mont. (5): „Die Perle des Ostens". — Mont., Dienst. (7, 9), Mittw., Donnerst., Sonnab. (7), Sonnt. (9): „Das rote Geheimnis". — Dienst. (7), Mittw. (7, 9), Donnerst. (7), Sonnab., Mont. (9): „Canada, seine Bodenschätze und landwirtschaftlichen Möglichkeiten".

Humboldt-Hochschule. Am 14., abends 8 Uhr, Dorotheenstraße 12, findet folgende Veranstaltung statt: „Parsifal, ein Bühnenweihfestspiel von R. Wagner." Dichtung und Musik erläutert. Gesangsvorträge von Dr. B. Ulrich. Karten 0.75 und 1.— M.

Hier sollen 14000 Wohnungen entstehen!

Das Südgelände von Schöneberg, durch das amerikanische Bauprojekt in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt, dehnt sich zwischen den Linien der Wannseebahn im Westen und der Anhalter Bahn im Osten vom Sachsendamm bis nach Südende. Eine einzige gepflasterte Straße durchschneidet das ausgedehnte Gelände von Norden nach Süden: der Priesterweg. Schöne alte Kastanien begrenzen ihn auf beiden Seiten, seit kurzem ist auch elektrische Straßenbeleuchtung eingeführt, die mit Rücksicht auf den zunehmenden Autoverkehr notwendig wurde. Zwischen dem langgestreckten Zwölf-Apostel-Friedhof und dem Priesterweg liegt die weite Fläche des Dominicus-Sportplatzes, der vor wenigen Jahren vom Schöneberger Magistrat angelegt wurde. Modern gebaute Unterkunftsräume für die Sportbeflissenen, Zuschauerterrassen, an denen noch gearbeitet wird, und Schankstätten schließen den prächtigen Platz gegen den Priesterweg ab. Gegenüber, hinter hohen, stacheldrahtbewehrten Plankenzäunen überrascht ein buntes Gewirr von ländlich-dürftigen Wirtschaftsgebäuden inmitten kleiner, vollgepfropfter Höfe: Fuhrgeschäfte, Viehställungen, Molkereien, Lagerplätze, Kohlenhandlungen, Baugeschäfte, Speditionen, Schweineställe, Kneipen und embryonale „industrielle Unternehmungen, deren Besitzer dem neuen Bauplan durchaus feindlich gegenüberstehen und in ihm nur die Vernichtung zahlreicher kleiner Existenzen sehen. Es folgen Laubenviertel, deren Namen schöngemalte Tafeln verkünden: Auf die „Schöneberger Alpen" (drei Meter über dem Sachsendamm) folgen die Kolonien „Bergfrieden", „Alte Fischerhütte", „Sonnenbad", „Frohsinn", „Spreewald", endlich die Kaninchenfarm Schöneberg und der Pflanzerverein „Einigkeit", anscheinend die Elite unter den Kolonien, denn seine Gärten sind von vorbildlicher Sauberkeit. Ueberall grünen die Stachelbeerbüsche, Primeln, Narzissen und Hyazinthen blühen, sauber gekalkte Obstbäumchen, über und über mit Knospen bedeckt, tragen zierliche Starkästen, in denen Finken und Sperlinge ihr Unwesen treiben. Kleine Windmühlen, die da und dort besser ausgebaut sind und dann auch Wasser schöpfen müssen, knarren im Winde. Längs der Laubengassen sind in kleinen Abständen Pumpen aufgestellt, die gleichzeitig vom hohen Laubenvorstand zum Abschätzen seiner Erlässe und Verordnungen benutzt werden. Inmitten dieses Laubenfriedens liegt der neue St. Matthäi-Kirchhof mit seinen epheuüberspannenen Gräbern, ringsherum in naturnotwendigem Zusammenhang Grabmonumentenhandlung, Kneipe und Gärtnerei. Die Luft ist erfüllt vom Krähen der Hähne. Ziegen meckern und Katzen schleichen über den Weg. Dort hackt ein alter Kolonist Holz und hier künden eifrige Hammerschläge von der guten Absicht des Laubenbesitzers, seine „Villa" aufs schönste für die Sommersaison herzurichten. In diese ländliche Idylle mischt sich das Kreischen der zahlreichen Fern- und Vorortzüge, die Tag für Tag die Peripherie des Südgeländes beleben. Drohend umklammern gewaltige Gasbehälter, rauchende Kühler, Türme und industrielle Hochbauten aller Art dieses Restchen Erde, dessen Bebauung schon so eifrig diskutiert wird.

*

Der Magistrat Berlin hat sich heute in eingehender Beratung mit dem Angebot der Firma Shapman u. Co., New York, auf Erbauung von rund 14 400 Wohnungen beschäftigt und den Beschluß gefaßt, diesen wie anderen Angeboten, die der Stadt inzwischen von dritter Seite zugeleitet worden sind, grundsätzlich näherzutreten, vorausgesetzt, daß über den Mietstreit über die Ausstattung der Wohnungen und über den Bebauungsplan eine Einigung zwischen der Stadt Berlin und den Verhandlungsgegnern möglich ist. Es wurde auch sehr eingehend über die Frage gesprochen, ob das Risiko, das die Stadt durch die Abpachtung der Wohnungen trägt, nicht auf anderer Grundlage, zum Beispiel durch Einschaltung einer Verwaltungsgesellschaft, abgenommen werden könne. In Vertretung von Stadtrat Wutzky wurde Stadtbaurat Dr. Wagner mit der Führung der weiteren Verhandlungen beauftragt und außerdem ein Ausschuß eingesetzt, bestehend aus: Stadtbaurat Dr.-Ing. Wagner, Stadtrat Wutzky, Stadtkämmerer Dr. Lange, Stadtrat Katz und Stadtrat Dr. Richter, der die Beschlußfassung des Magistrats vorzubereiten hat.

Explosionsunglück in der Dirksenstraße.

Zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

Eine folgenschwere Explosion, bei der zwei Arbeiter lebensgefährliche Verletzungen davontrugen, ereignete sich heute vormittag gegen ¾9 Uhr in den Kühlanlagen der Pommerschen Meiereien in der Dirksenstr. 26/27. Mehrere Räume wurden durch die Gewalt des Luftdruckes völlig zerstört.

In der Dirksenstr. 26/27 sind die Lager- und Kühlräume der Pommerschen Meiereien, die zum Teil in den hierzu ausgebauten Kellereien liegen. Gegen ¾9 Uhr erfolgte in der Kühlanlage plötzlich eine heftige Explosion. Durch den Luftdruck stürzten unter starkem Getöse die starken Mauern und die Decke ein, die gesamte Maschinenanlage unter sich begrabend. Der Druck pflanzte sich auf den Nebenraum fort und brachte auch hier die Mauern zum Einsturz. Zwei hier beschäftigte Arbeiter, Franz Böse aus der Kopernikusstraße und Hermann Schulz aus der Dirksenstraße, konnten sich nicht mehr in Sicherheit bringen und wurden unter den Mauer- und Maschinentrümmern begraben. Die Feuerwehr rückte alsbald mit mehreren Löschzügen unter Leitung des Berliner Oberbrandirektors Gempp an. Mit größter Vorsicht begaben sich die Feuerwehrbeamten an den Explosionsherd, da wegen des starken Gasgeruches eine Wiederholung einer Explosion befürchtet werden mußte. Die beiden Arbeiter, die schwere Brandwunden und innere Verletzungen erlitten hatten, wurden durch die Feuerwehr in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Die Feuerwehr nahm die Aufräumungsarbeiten vor und suchte genaue Feststellungen über die Ursache der Explosion mit ihren außerordentlich schweren Folgen zu ermitteln. Nach den bisherigen Feststellungen scheint es sich um eine Gasexplosion zu handeln. In der Dirksenstraße werden gegenwärtig Schachtarbeiten für die im Bau befindliche Untergrundbahn ausgeführt. Vermutlich ist durch eine Unvorsichtigkeit ein Gasrohr beschädigt worden, so daß der Leitung große Mengen Gas entströmten, die sich in der Kühlanlage der Molkereifirma ansammelten. Wie die Gase zur Entzündung kommen konnten, bedarf noch der Aufklärung. Von anderer Seite wird auf das Vorhandensein von gefüllten Preßluftflaschen hingewiesen, die möglicherweise die Explosion verursacht haben. Dagegen spricht allerdings der Umfang des Unglücks, so daß die Annahme einer Gasexplosion den Tatsachen mehr entspricht. Während der Aufräumungsarbeiten erschien der Berliner Polizeipräsident Genosse Zörgiebel persönlich an der Unfallstelle. Da die Hausfundamente schwer beschädigt sind, werden Absteifungen vorgenommen werden müssen, um einen eventuellen Hauseinsturz zu verhüten.

*

In der Arbeitsgemeinschaft Ulap in der Invalidenstraße ereignete sich heute vormittag ein schwerer Unfall. Der 35jährige Schachtmeister Reinhold T. wurde von einem umstürzenden mehrere Zentner schweren Eisenträger im Rücken so schwer verletzt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Man schaffte den Verunglückten in das Moabiter Krankenhaus, wo eine schwere Rückgratverletzung festgestellt wurde. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Eine blutige Eifersuchtstragödie spielte sich heute morgen um 6 Uhr in dem Hause Naunynstraße 66 ab. Hier wohnt seit langer Zeit der 40jährige Kutscher Robert Schuck im Keller des Seitenflügels zusammen mit einer 39 Jahre alten Luise Meier und einer Tochter. Zwischen dem Paare kam es öfter zu Eifersuchtsauftritten, weil Frau Meier oft allein ausging. Als sie heute morgen um 6 Uhr von einem solchen Ausgang heimkehrte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. In großer Erregung griff Schuck schließlich zum Messer und stieß es seiner Geliebten in den Unterleib, so daß sie zusammenbrach. Als er sah, was er angerichtet hatte, lief er auf die Straße hinaus und schrie „ich habe meine Frau erstochen!" Ein Zeitungsträger, der das hörte, benachrichtigte das 107. Revier und Schuck selbst setzte das Ueberfallkommando in Kenntnis und ging dann wieder in seine Wohnung. Die Beamten fanden die Frau schwer verletzt daliegen, brachten sie nach dem Krankenhaus am Urban und nahmen den Mann fest.

Einsturz eines Funkturmes.

Beim Bau der Rundfunkstation Zeesen.

Beim Bau der neuen Rundfunkstation Zeesen bei Königswusterhausen, die die größte Europas werden soll, hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht zum Donnerstag ein Unfall ereignet. Nachdem einer der beiden Sendetürme bereits fertiggestellt war, wurde vor etwa acht Tagen mit dem Bau des zweiten Mastes, der 210 Meter hoch werden soll, begonnen. Die Konstruktion war in den letzten Tagen bis zu etwa 40 Meter Höhe gediehen, und durch provisorische Vorspannungen gesichert. Aus nicht aufgeklärter Ursache hat sich eine dieser Abspannungen herausgezogen, so daß der Mast bei dem in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag herrschenden starken Wind nachgab und schließlich einstürzte, ohne daß dabei Menschen zu Schaden gekommen sind. Die Fertigstellung des Turmes verzögert sich dadurch um etwa drei Wochen, doch soll trotzdem die neue Sendeanlage noch zur vorgesehenen Zeit dem Verkehr übergeben werden.

Die Hochbahn als städtischer Besitz.

In Ergänzung unseres heutigen Berichts über die Generalversammlung der Hochbahn teilen wir noch mit:

Die Beschlüsse dieser Generalversammlung bilden nur die praktische Auswirkung der von den städtischen Körperschaften beschlossenen und bereits durchgeführten Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs. Die Stadt besitzt die Mehrheit des insgesamt 170 Millionen betragenden Aktienkapitals. Die überwiegende Mehrzahl der übrigen Aktien ist gegen verzinsliche Zertifikate der Stadt Berlin eingetauscht worden, ohne daß dadurch diesen Aktionären ihr Recht als Aktionäre genommen worden wäre. Nur ein kleiner Teil der Aktien (8—9 Millionen) ist nicht eingetauscht worden, und diese Aktionäre sehen nun nachträglich ein, daß sie sich bei ihrer Weigerung verspekuliert haben. Daher die Opposition.

Die Vertreter des städtischen Aktienbesitzes haben, gestützt auf ihre Mehrheit und unterstützt von den Zertifikatsinhabern, in der Generalversammlung dem Aufsichtsrat eine neue Gestalt gegeben, indem sie sämtliche städtischen Mitglieder des Aufsichtsrats der Straßenbahn (4 Magistratsmitglieder, 8 Stadtverordnete) in den Aufsichtsrat der Hochbahn hinzuwählten. Damit ist der erste Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung auch der Aufsichtsräte getan. Die Aboag wird folgen.

Vorderhand bleiben allerdings die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrats der Hochbahn auch noch in ihrem Amt und scheiden dann turnusgemäß aus. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde unser Genosse Stadtrat Reuter gewählt, zum Stellvertreter der bisherige Vorsitzende Geheimrat Steinthal.

Wenn also die Hochbahn heute auch formell noch nicht als rein kommunales Unternehmen angesprochen werden kann, so gliedert sie sich doch tatsächlich bereits in das große Netz aller einheitlich zu verwaltenden städtischen Verkehrsunternehmungen ein. Als äußeres Zeichen dieser Einheitlichkeit besteht der sog. Gemeinschaftsausschuß, der sich im wesentlichen aus den städtischen Vertretern aller drei Verkehrsunternehmungen zusammensetzt und alle zentralen Fragen des Berliner Verkehrs berät.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Zum Schiedsspruch bei der Reichsbahn.

In unserer Morgenausgabe konnten wir bereits mitteilen, daß es in dem Eisenbahner-Lohn- und -Arbeitszeitstreit gestern abend in später Stunde zu einem Schiedsspruch gekommen ist. Ueber die Arbeitszeitfrage war es zwischen den Parteien und unter der Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums bereits am Vortage zu einer Vereinbarung gekommen. Diese Vereinbarung besagt sinngemäß, daß die regelmäßige Arbeitszeit acht Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche ausschließlich der Pausen beträgt.

Von den Arbeitern der Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten, der Telegraphenwerkstätten, der Holztränkanstalten, sowie der Bahngas- und Kraftwerke sind wöchentlich drei Ueberstunden zu leisten. Nach Verhandlungen mit der Betriebsvertretung kann die Anordnung getroffen werden, daß drei weitere Ueberstunden wöchentlich geleistet werden. Im Falle der Anordnung hat die Betriebsvertretung das Recht, das Berufungsverfahren nach der Betriebsräteverordnung einzuleiten. Bezüglich der unter die DDB. fallenden Arbeiter sollen im Mai neue Verhandlungen geführt werden.

Wenn bezüglich der Arbeitszeit unter den Parteien eine Einigung möglich war, so kann dies in bezug auf die Lohnregelung nicht gesagt werden. Trotz aller Bemühungen des Schlichters, Herrn Dr. Meves, war es nicht möglich, zu einer Verständigung in dieser Beziehung zu kommen, so daß die Kammer einen Schiedsspruch fällen mußte. Das materielle Ergebnis haben wir bereits in der Morgenausgabe gebracht. Es wäre noch hinzuzufügen, daß die Schichtlohnzulage von 15 auf 27 Pf. erhöht worden ist. Die Erklärungsfrist ist auf Mittwoch, den 14. April, mittags 12 Uhr, festgesetzt. Die Lohnbestimmungen sind nach dem Schiedsspruch bis zum 31. März 1928 unkündbar.

Ohne zu dem Ergebnis Stellung zu nehmen, muß gesagt werden, daß das Reichsarbeitsministerium in diesem Falle mit einer anerkennenswerten Schnelligkeit gearbeitet hat. Auf der anderen Seite steht fest, daß ohne eine starke Organisation auch dieses an und für sich nicht überschwängliche Ergebnis nicht erreicht worden wäre. An den Eisenbahnern liegt es, ihre Organisation, den Einheitsverband, noch stärker zu machen, alle Unorganisierten heranzuziehen!

Schiedsspruch für die Gas- und Wasserwerke.

Unter Vorsitz des Gewerberats Körner wurde heute vormittag vom Schlichtungsausschuß für die Arbeiter der Berliner Städtischen Gas- und Wasserwerke folgender Schiedsspruch gefällt:

Die bisherigen tariflichen Stundenlöhne der männlichen Arbeitskräfte werden in den Lohnklassen 1 bis 4 mit Wirkung von der ersten Lohnwoche des Monats April um 5 Pf. und mit Wirkung von der ersten Lohnwoche des Monats Oktober um weitere 3 Pf. erhöht. Die Löhne der übrigen Gruppen sind für die gleichen Zeiträume entsprechend zu erhöhen.

Die Vorarbeiterzulage wird für die gesamte Vertragsdauer um 2 Pf. für die Stunde erhöht. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Vereinbarungen.

Dieses Abkommen gilt bis zum 31. März 1928. Es verlängert sich jeweils um einen Monat, wenn es nicht 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Erklärungsfrist: Dienstag, mittags 12 Uhr.

Engherzige Auffassung eines Wirtschaftsführers.

Aus der Generalversammlung der Danatbank.

Der Generaldirektor Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank sah sich in deren Generalversammlung genötigt, seine sozialpolitische Einstellung zu verteidigen. Ein Aktionär, der zugleich Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist, wandte sich gegen den sozialpolitischen Abschnitt im Geschäftsbetrieb der Bank, der eine Revision der sozialpolitischen Gesetzgebung fordert — nach rückwärts natürlich — und nur die individuelle Arbeitsleistung gelten lassen will, deren Anerkennung abhängig ist von der individuellen Verfassung des Unternehmers oder seines Vertreters.

Dr. Goldschmidt erwiderte auf die Kritik dieses Teiles seines Geschäftsberichtes, die Bankleitung hätte zwar Verständnis dafür, daß die Arbeitnehmer ihre materiellen Interessen in direktem Gedankenaustausch mit der Direktion verträten, kein Verständnis aber dafür, wenn von irgendwelchen, dem Unternehmertum fernstehenden Verbandszentralen aus schematische Regelungen von Lohn und Arbeitszeit vorgenommen würden. Diese Art berücksichtige nicht die individuellen Leistungen und leiste der Produktivität des einzelnen Abbruch.

Daß dieser bald bei dem rückständigsten zünftlerischen Handwerksmeister überholte Herr-im-Hause-Standpunkt sich in solcher Reinkultur in der Leitung einer modernen Großbank erhalten würde, das hätte unglaublich geklungen, wenn der Herr Generaldirektor es nicht ausdrücklich betont hätte. Der Versuch, die rücksichtslose Lehrlingswirtschaft der Banken während der Inflationszeit und dem folgenden, nicht minder rücksichtslosen Personalabbau samt der sich darauf stützenden Gehaltspolitik der Banken theoretisch zu bemänteln, ist doch von vornherein verfehlt. Inwiefern die kollektive tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die individuellen Leistungen beeinträchtigen soll, ist unerfindlich. Der Tarifvertrag stellt es den Unternehmern durchaus frei, bessere individuelle Leistungen besser zu bezahlen, wie umgekehrt, gegen „unproduktive“ Leistungen mit Kündigung vorzugehen.

Der einseitige Profitstandpunkt läßt sich mit guten Gründen nun einmal nicht verfechten. Daß aber ein Generaldirektor zu solchen Ausreden seine Zuflucht nehmen muß, kann als Beweis dafür gelten, auf wie schwachen Füßen die Verteidigung dieses Individualprinzips steht.

Und wenn schon dem Vertreter einer deutschnationalen Organisation der sozialpolitische Teil des Geschäftsbeirats auf die Nerven fällt, dann ist das sicher ein weiterer Beweis dafür, daß die darin vertretene Auffassung unhaltbar ist.

Wären die Bankangestellten nicht organisiert, dann hätten sie ihr blaues Wunder erleben können über die „individuelle“ Einschätzung ihrer Leistungen durch ihre Direktoren. Die Angestellten werden die richtige Antwort auf die sozialfeindlichen Ausführungen des Herrn Direktors Goldschmidt geben müssen, indem sie sich noch enger an ihre Organisation anschließen und den letzten Unorganisierten dazu heranziehen.

Gehaltsfragen der Werkmeister.

In der vom Bezirk 10 des Deutschen Werkmeisterverbandes zu Donnerstag abend nach dem „Klubhaus“, Ohmstraße, einberufenen Versammlung der Funktionäre der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Werkmeister sprach der Geschäftsführer Genosse Rothe über die Auswirkung des letzten Schiedsspruches. Dieser allgemeinverbindlich erklärte Schiedsspruch sah für die Werkmeister eine Gehaltserhöhung von 6 Prozent vor. Der Schiedsspruch hat sich in der Praxis jedoch so ausgewirkt, daß nur wenige Firmen das Grundgehalt plus Leistungszulage um 6 Prozent erhöht haben. Einige Firmen haben nur das Grundgehalt erhöht und daneben die bisher gezahlte Leistungszulage bestehen lassen. Die meisten Firmen haben das Grundgehalt zwar erhöht, die Leistungszulagen aber um diesen Betrag gekürzt, so daß die Werkmeister praktisch überhaupt keine Gehaltserhöhung bekommen haben. Obwohl die Firmen nach dem § 4 Abs. 9 des Tarifvertrages berechtigt sind, die sogenannten Leistungszulagen auf etwaige Tariferhöhungen anzurechnen, besteht doch kein Zweifel, daß der Schiedsspruch allen Werkmeistern eine Gehaltserhöhung bringen sollte. Es wiederholt sich hier die nicht zum ersten Male vom VBMJ. geübte Praxis, irgendwelche gegen seinen Willen ausgesprochene Gehaltserhöhungen illusorisch zu machen.

In der Aussprache über diesen Punkt zeigte sich dann auch, wie es die einzelnen Firmen verstanden haben, die Werkmeister um die ihnen zugesprochene Gehaltserhöhung zu prellen. Weiter zeigte sich aber auch, daß in den Firmen, wo die Werkmeister geschlossen gegen dieses Vorgehen protestierten, in vielen Fällen unter dem Druck dieser Geschlossenheit die Gehaltserhöhung durchgesetzt werden konnte. Nicht mit Unrecht wurde von einigen Rednern betont, daß auch die Werkmeister wieder mehr Selbstbewußtsein zeigen müßten, da die Abbauperiode nunmehr vorbei sei. Die jetzt noch in den rationalisierten Betrieben vorhandenen Werkmeister sind ein unentbehrlicher Bestandteil der Betriebe, die auch das Recht geltend machen können, entsprechend ihrer verantwortlichen und für die neuzeitliche Produktionsmethode wichtigen Stellung eine angemessene Bezahlung zu verlangen.

Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, nochmals mit dem VBMJ. zu verhandeln und dahin zu wirken, daß allen Werkmeistern die Zulage von 6 Prozent auf ihr Grundgehalt gezahlt wird und daneben die bisherige Leistungszulage bestehen bleibt.

Genosse Rothe ging dann näher auf die Gründe ein, die das AfA-Metallkartell bewogen haben, den Manteltarif zum 30. Juni zu kündigen. Im Vordergrund der Verhandlungen wird die Frage der Wiedereinführung des Achtstundentages und die Bezahlung der Ueberarbeit stehen. Die jetzige Regelung, daß bei einer Ueberarbeit bis zu 54 Stunden, die vom Unternehmer angeordnet werden kann, eine in das freie Ermessen des Unternehmers gestellte Pauschale gezahlt werden soll, wirkt sich meist dahin aus, daß die Angestellten für ihnen aufgezwungene Ueberarbeit gar keine Entschädigung bekommen.

Eine nicht minder wichtige Frage ist die Form der Bezahlung der Angestellten. Gerade die Auslegung des letzten Schiedsspruches durch die Berliner Metallindustriellen muß die Funktionäre veranlassen, sich darüber zu äußern, ob sie den Leistungstarif oder den Staffeltarif bevorzugen.

In der Aussprache über diesen Punkt lehnten alle Redner die Beibehaltung des Leistungstarifes ab. Die Funktionäre beauftragten ihre Organisation, durch eine Umfrage in den Betrieben die Frage gründlich zu klären und dann die dem Ergebnis der Umfrage entsprechenden Abänderungsanträge zu formulieren. Zum Schluß machte Genosse Rothe noch auf die kommende Wochenendausstellung aufmerksam, auf der auch der Werkmeisterverband vertreten sein wird und empfahl deren Besuch.

Tarifunfähigkeit der Gelben.

Ein Urteil des Kösliner Landgerichts.

Der Bund der gelben Landarbeiter, der Reichslandarbeiterbund, will als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen anerkannt werden, als tariffähige Organisation. Nach seiner Meinung liege doch nichts vor, was eine weitere Nichtanerkennung rechtfertigen könnte.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat dieser Anerkennung mit aller Entschiedenheit widersprochen, unter anderem auch mit der Motivierung, daß von einer Unabhängigkeit des Reichslandarbeiterbundes — besonders seiner stärksten und bedeutsamsten Untergruppe, der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes — von den landwirtschaftlichen Unternehmern nicht gesprochen werden könne.

Dieser Stellungnahme des Deutschen Landarbeiterverbandes entspricht auch ein Urteil, das die zweite Zivilkammer des Landgerichts in Köslin, also die Zivilkammer eines pommerschen Landgerichts, in diesen Tagen gefällt hat.

Rittergutsbesitzer Schmeling-Güdenhagen hatte gegen den von ihm beschäftigten Arbeiter Zierke wegen Räumung geklagt und war in der ersten Instanz mit seiner Klage abgewiesen worden. Er legte gegen dieses Urteil Berufung ein, und die zweite Zivilkammer des Landgerichts in Köslin gab ihm recht. Z. wurde verurteilt, die von ihm bewohnte Werkwohnung mit Stallung zu räumen. In der Begründung heißt es u. a.:

„Nach § 2 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 müssen Dienstverträge mit mehr als halbjähriger Dauer schriftlich abgeschlossen werden, sofern es sich um Verträge in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft handelt, für welche ein Tarifvertrag nicht besteht und in denen Bezüge nicht barer Art zugesichert sind. Unstreitig war der Beklagte auf ein Jahr in dem landwirtschaftlichen Betriebe des Klägers als Arbeitnehmer angenommen worden. Ihm war neben Barlohn auch Wohnung und Deputat, mithin Bezüge nicht barer Art zugesichert worden. Ein Tarifvertrag bestand aber nicht.

Unter einem Tarifvertrag ist nur ein solcher Vertrag zu verstehen, der auf Grund der Tarifvertragsordnung von einer tariffähigen Vereinigung abgeschlossen worden ist. Die Parteien haben zwar ihren Vertrag unter Bezugnahme auf den zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes vereinbarten Richtlinienvertrag abgeschlossen. Dieser Richtlinienvertrag ist jedoch nicht als ein Tarifvertrag anzusprechen, denn die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes ist nicht tariffähig.

Es ergibt sich aus dem Wesen des Tarifvertrages die Begrenzung, daß nur solche wirtschaftliche Vereinigungen auf der Arbeitnehmerseite tariffähig sein können, die reine Arbeitnehmervereinigungen darstellen, von den Arbeitgebern unabhängig sind und von ihnen finanziell nicht unterstützt werden. Diesen Anforderungen entspricht die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nicht. Sie ist keine selbständige und von den Arbeitgebern unabhängige Arbeiterorganisation. Nach § 3 der Satzung des Pommerschen Landbundes bilden die Arbeitnehmergruppen lediglich ein Glied der Gesamtorganisation. Die Arbeitnehmergruppen des Landbundes sind auch von den übrigen Gliedern nicht unabhängig. § 3 Abs. 5 der Satzung bestimmt vielmehr, daß sich alle Glieder stets dem Gesamtinteresse des Landbundes einzufügen und unterzuordnen haben. Die Arbeitnehmergruppe steht auch finanziell nicht selbständig da. Zwar zieht sie ihre Beiträge selbständig ein und verwaltet sie auch selbständig. Die Organisation als solche wird aber nicht von ihr allein, sondern von dem Gesamtlandbunde als solchen unterhalten.“

Aus dieser Auffassung der Sachlage erkannte das Gericht den strittigen Arbeitsvertrag als nichtig. „Der Beklagte hat daher keine Rechte aus dem Dienstvertrag, insbesondere auch nicht auf die strittige Wohnung. Er muß sie daher an den Kläger herausgeben, da er die Wohnung ohne Grnd besitzt.“

Nach diesem Urteil des Kösliner Landgerichts dürften sich langatmige Erörterungen über die Eingaben und Wünsche des Reichslandarbeiterbundes erübrigen. Er ist gerichtet als eine gelbe Gruppe, die mit einer gewerkschaftlichen Organisation nichts gemein hat.

Die Aussperrung in den Prachtsälen „Märchenbrunnen“, am Friedrichshain, Inhaber Paeschke, wird durch folgende Mitteilung illustriert, die uns vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten zugeht: Das Etablissement „Märchenbrunnen“ ist, für den 8. und 9. Mai für 1500 Faschisten bestellt, die dort bewirtet werden sollen.

Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten und die Bezahlung der Restlöhne, sowie die Erfüllung des Tarifvertrages lehnt der Inhaber jedoch entschieden ab. Der Betrieb bleibt daher für Organisierte gesperrt.

Achtung, Buchdrucker! Die Mitglieder der Berliner Handsetzervereinigung werden nochmals ersucht, vollzählig in der morgen (Sonntag), vormittags 9½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, stattfindenden Versammlung zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Theater der Woche.

Vom 10. April bis 18. April 1927.

Volksbühne: 10., 11., 16., 17., 18. Traumspiel. 12., 14. Faust. 13. Gewitter über Gottland. 15. geschlossen. **Staatsoper:** 10. Vampyr. 11. Walküre. 12. La Traviata. 13. Figaros Hochzeit. Don Pedros Puppenspiel. 14. Carmen. 15. Karfreitags-Konzert. 16. Tosca. 17. Meistersinger. 18. Zigeunerbaron. **Schauspielhaus:** 10., 13., 17., 18. Ein besserer Herr. 11., 14. Faust. 12. Weibsteufel. 15. Geschlossen. 16. Der Barbier von Sevilla. **Schiller-Theater:** 10., 12. Razzia. 11. Kilian oder die gelbe Rose. 13., 17., 18. Prinz Friedrich von Homburg. 14. Stuart. 15. Geschlossen. 16. Peer Gynt. **Theater am Schiffbauerdamm:** Tragödie der Liebe. Karfreitag geschlossen. **Thalia-Theater:** Der mutige Seefahrer. Karfreitag geschlossen. **Deutsches Theater:** Der Arzt am Scheideweg. Karfreitag geschlossen. **Kammerspiele:** Bis 11. Toni. Ab 12. Lockvögel. Karfreitag geschlossen. **Die Komödie:** Mannequins. Karfreitag geschlossen. Täglich 11 Uhr Nachtvorstellung: Was Sie wollen. **Theater am Kollendorfplatz:** Drei arme kleine Mädels. Karfreitag geschlossen. **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schule von Uznach. Karfreitag geschlossen. **Komödienhaus:** Das zweite Leben. Karfreitag geschlossen. **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. **Theater des Westens:** Wissen Sie schon . . . **Städt. Oper Charlottenburg:** 10. Der arme Heinrich. 11. Falstaff. 12. Don Juan. Zwölf deutsche Tänze. Die Geschöpfe des Prometheus. 13. Carmen. 14., 15. Parsifal. 16. Hoffmanns Erzählungen. 17. Die Zauberflöte. 18. Turandot. **Komische Oper:** Sünden der Welt. **Deutsches Künstler-Theater:** Bis 14. Der Garmisch. 15. Geschlossen. Ab 16. Skandal in Amerika. **Lustspielhaus:** Hurra — ein Junge. Karfreitag geschlossen. **Lessing-Theater:** Der Patriot. Karfreitag geschlossen. **Theater am Kurfürstendamm:** Bis 14. Pit Pit. 15. Geschlossen. Ab 16. Die Kleine auf Besuch. **Trianon-Theater:** Müllers. **Residenz-Theater:** Die Frau auf Anteilscheine. **Zentral-Theater:** Der blonde Zigeuner. 15. Karfreitags-Konzert. **Theater in der Kommandantenstraße:** Berlin wie es weint und lacht. Karfreitag geschlossen. **Metropol-Theater:** Die Zirkusprinzessin. Karfreitag geschlossen. **Berliner Theater:** Der Hampelmann. **Neues Theater am Zoo:** Eskimomädel. **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. **Kleines Theater:** Die goldene Galeere. **Wallner-Theater:** Küsse in der Nacht. **Renaissance-Theater:** Der dreizehnte Stuhl. Tägl. 10.15 Uhr abends Nachtvorstellung: Tu verras Montmartre. **Walhalla-Theater:** Die von der Liebe leben. **Rose-Theater:** Die beiden Nachtigallen. Karfreitag geschlossen. **Theater in der Klosterstraße:** 10., 11., 12. Frühlingswehn. 13. Pfarrhauskomödie. 14., 16., 17. Liebe. 15. Veronika. 18. Pension Schöller. **Theater in der Lützowstraße:** Die Frau ohne Mann. **Theater im Admiralspalast:** Vive la femme. Karfreitag geschlossen. **Wintergarten:** Internationales Varieté. **Scala:** Internationales Varieté. **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 10. Volpone. 18. Traumspiel. **Schauspielhaus:** 10., 17., 18. Napoleon. **Theater am Schiffbauerdamm:** 10., 17., 18. Das Grabmal des unbekannten Soldaten. **Thalia-Theater:** 10., 18. Der Biberpelz. **Großes Schauspielhaus:** 10., 17., 18. Wie einst im Mai. **Theater des Westens:** 10., 17., 18. Wissen Sie schon . . . **Komische Oper:** 10., 17., 18. Sünden der Welt. **Trianon-Theater:** 10., 17., 18. Kluge Leute. **Theater in der Kommandantenstraße:** 10. Hinkemann. 17., 18. Die bedrohte Unschuld. **Berliner Theater:** 10. Der Hampelmann. **Neues Theater am Zoo:** 10. mittags 12 Uhr: Spiegelgefecht. **Wallner-Theater:** 10., 17. Der Herr Senator. **Walhalla-Theater:** 10., 17. Die von der Liebe leben. **Rose-Theater:** 10., 17., 18. Robinson. **Theater in der Klosterstraße:** 10. Iphigenie. 17. Pfarrhauskomödie. 18. Nora. **Theater im Admiralspalast:** 10., 17., 18. Vive la femme. **Scala:** 10., 16., 17. Internationales Varieté. **Reichshallen-Theater:** 10., 17. Stettiner Sänger.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

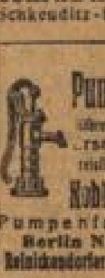
Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6325, 6326
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten . . . . . . 10.50 an
mit Polsterauflagen . . 20.— „
Sofa . . . . 50.— „
Schlaf-Chaiselongues . . 24.— „
Chaiselongue-Decken . . 7.— „
Wandbehänge . . . . . 3.— „
Patentmatratzen . . . . 9.— „
Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Spezial-Behandl. nur für Ischias u. Rh., Gicht und Rein, wenn ärztl. festgestellt, in 11 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unentbehrlich für Verstopfung und Schwarzen. Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jacoby

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachnahme gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig



Pumpen, Röhren, Filter, Ersatzteile
Noblank & Co.
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinickendorfer Str. 95

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thaerstraße 40

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112